

An die Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln
Postanschrift:
Postfach 103564 · 50475 Köln
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841
E-mail: DieLinke@stadt-koeln.de
Fraktionsvorstand

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 25.05.2018

AN/0827/2018

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	

Task-Force-Wohnen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung zu setzen:

Beschluss:

A.

1. Wir bitten die Oberbürgermeisterin Reker, nach der Sommerpause zusammen mit dem Dezernenten für Stadtentwicklung, Planen und Bauen eine Task-Force-Wohnen einzurichten. Es ist zu prüfen, ob folgende Akteure aus dem Bereich Wohnen und Flächenmanagement einzubinden sind:

Liegenschaftsverwaltung, Stadtplanungsamt, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Amt für Wohnungswesen, GAG, moderne stadt und Wohnungsgesellschaft Stadtwerke Köln.

Begründung:

„Wir brauchen dringend eine Task Force bei der Stadt, die Befugnisse hat und sich kümmert“, fordert der Mieterverein Köln anlässlich des aktuellen Negativrekords der Baugenehmigungen und der sinkenden Baufertigstellungen auf dem Wohnungsmarkt, von einer Steigerung von geförderten Wohnungen ganz zu schweigen. Die mit der Wohnungswirtschaft vereinbarten jährlich fertigzustellenden 6.000 Wohnungen werden vorerst nicht erreicht.

Deshalb bitten wir die Oberbürgermeisterin Reker zusammen mit dem neuen Baudezernenten Markus Greitemann, alle Kräfte der Stadt Köln und der städtischen Gesellschaften zu bündeln. Die Task Force hat sich in der Krise bei der Flüchtlingsunterbringung bewährt und ist eine durchgreifende Form des Verwaltungshandelns.

B.

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept vorzulegen, wie und in welchem Umfang unter langfristiger Betrachtung der Ankauf von Flächen für Wohnungsbau und für Gewerbe deutlich gesteigert werden kann.
2. Der Rat der Stadt Köln führt Ende des Jahres eine Fachtagung zum Thema „Der Städtische Grund und Boden ist Gemeineigentum – Statt Verkauf langfristige, befristete Bodennutzung durch Dritte“ durch.
3. Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die Ausschüsse Stadtentwicklung, Planen und Bauen, Liegenschaften und der Sozialausschuss regelmäßig jedes halbe Jahr gemeinsame Sondersitzungen zur weiteren Entwicklung der Wohnungspolitik durchführen.
4. Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Initiative von „moderne stadt“, die gesamtgesellschaftlichen Kosten und Nutzen durch den Ausbau des Deutzer Hafens zu untersuchen und in die öffentliche Debatte über die Forcierung des Wohnungsbaus in Köln und der Region einzubringen.

Begründung:

Langfristiges und richtiges strategisches Handeln in der Wohnungspolitik wird immer wichtiger, bei der Liegenschaftsverwaltung mit der Bereitstellung von Flächen oder aber bei der Frage des Ausverkaufs von öffentlichen Flächen an Private.

Verwaltung und Politik müssen ihre Arbeit und die Betrachtung des Themas Wohnen intensivieren. Die Kritik aus der Stadtgesellschaft und von den Medien wird zu Recht lauter und stärker.

Viele Kölnerinnen und Kölner sehen einen Art Stillstand in der Wohnungspolitik. Der Frankfurter Planungsdezernent Mike Josef brauchte es kürzlich auf den Punkt: „*Wir haben eine Bodenkrise*“, FAS, 11.3.2018.

Die bundesweit erscheinende Fachzeitschrift Stadt-Bauwelt erschien mit zahlreichen Artikel zur Bodenfrage. Die kritische Kölner Stadt-Revue erschien in der Aprilausgabe mit dem Aufmacher: „*Köln am Boden – Wohnungsnot, Spekulation und Grundstückspolitik*“. „Recht auf Stadt“ fordert das Ende des „Mietenwahnsinns“.

Der DGB Köln veröffentlichte im April seine Wohnungspolitischen Forderungen: „*Jetzt kommt es auf den Willen von Stadtspitze und Rat an, über weitere kommunale Investitionen, über eine Stärkung der GAG und über eine stärker*

steuernde und gemeinnützig orientierte Grundstückspolitik zur Verwirklichung des Menschenrechts auf Wohnen beizutragen, denn: Wohnungspolitik ist Sozialpolitik.“

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Michael Weisenstein

Fraktionsgeschäftsführer

DIE LINKE